



Was lange gärt, wird endlich Wut!
Seite 3



sektor erziehung
28/32 Pflichtlektionen
sind zu viel!
Seite 5



Personalrecht Spital BS:
Was Carlo Contis
Versprechen wert sind!
Seite 9

Pensionskasse Basel-Stadt

Rundum nur unerfreulich

Ruedi Rechsteiner, langjähriger SP-Nationalrat und seit seinem Rücktritt Vertreter des vpod region basel im Verwaltungsrat der Pensionskasse der Basler Staatsangestellten, spricht mit Roger Monnerat über die aktuelle Situation der PKBS.

basler vpod: Ruedi Rechsteiner, ist schon absehbar, wie gross das Loch in der Pensionskasse der Basler Staatsangestellten sein wird?

Rechsteiner: Wir haben vergangenes Jahr mit einem Deckungsgrad von 100,6 Prozent abgeschlossen, dann fiel der Deckungsgrad im August auf etwa 95 Prozent zurück und steigt seither wieder an. Es fehlen in diesem Jahr gegenüber dem technischen Zinssatz von 4% über 5 Prozent, was auf 10 Milliarden Kapital über 500 Millionen Franken ausmacht.

basler vpod: Dies in Folge des Einbruchs der Aktienkurse Mitte 2011?

Rechsteiner: Ja. Die Verluste an der Börse sind aber nur ein Teil des Problems, denn dort gab es immer Schwankungen. Die generell tiefen Zinsen – die Bundesobligationen liegen bei 1 Prozent – drücken die Erträge auf die Dauer noch stärker, denn in Obligationen sind 40% des Kapitals angelegt. Bei den Pensionskassen besteht ein grundlegendes Problem. Es wird immer schwieriger, Leistungen, wie sie vor zwanzig Jahren völlig üblich waren, mit den bisherigen Beiträgen zu erbringen. Dafür gibt es zwei Hauptgründe. Der erste ist, dass wir im Durchschnitt älter werden. In den letzten 10 Jahren ist die Lebenserwartung wieder um etwa ein Jahr gestiegen. Dank Rücklagen in den letzten zehn Jahren kann die PK Basel diese Verlängerung des Rentenbezugs, die statistisch vorauszusehen war, ausfinanzieren. Es braucht nun aber neue Mehreinnahmen, um in den nächsten zehn Jahren wieder Rücklagen zu bilden für den Fall, dass die Lebenserwartung erneut um ein Jahr ansteigt. Der zweite Grund ist die niedrige Verzinsung des Rentenkapitals.

basler vpod: Heisst dies, dass die PK Basel letztes Jahr weit hinter dem selbst gesetzten Renditeziel von 4,6 Prozent zurückgeblieben ist?

Rechsteiner: Nein, im Gegenteil. Letztes Jahr hat die Kasse dank Währungsabsicherungen absolut überdurchschnittliche 4,1 Prozent Rendite erzielt. Das haben sonst nur wenige Pensionskassen erreicht. Wie es im laufenden Jahr aussieht, können wir noch nicht sagen. Sicher ist aber, dass 4,1 Prozent kaum mehr zu erreichen sind. Die Hypothekarzinsen sind tief, die Inflation ist fast im Minusbereich und auf dem Markt besteht nur eine geringe Nachfrage nach Kapital, da sich viele Unternehmen aus den Erträgen selbst finanzieren. Die Pensionskassen wissen nicht, wohin mit dem Geld, umso mehr als nun auch Staatsobligationen nicht mehr sicher sind, wie dies früher der Fall war. Die 2. Säule gerät in eine Systemkri-

se, weil die Kassen die nötigen Renditen nicht mehr erzielen. Natürlich gäbe es Sektoren, in die investiert werden könnte, insbesondere die erneuerbaren Energien; aber da steht immer noch die Erdöllobby davor, in deren Interesse die USA den Abschluss eines Klimaprotokolls hintertrieben haben.

> Seite 2



Marianne Meyer
vpod-Regionalsekretärin

Editorial

Die Basler Regierung hat angekündigt, sie wolle erneut den maximalen Gewinnsteuersatz für Unternehmen senken. Will die Regierung wirklich der Novartis, die trotz 10 Milliarden Reingewinn 2000 Leute entlässt, schon wieder Steuergeschenke machen? Führt die rot-grüne Regierung die neoliberale Politik der leeren Kassen unbesehen weiter? Diese Politik hat zur heute unzumutbar hohen Belastung im öffentlichen Dienst geführt. Die neueste Studie des Staatssekretariats

Jetzt sind wir dran!

für Wirtschaft (seco) belegt die Zunahme des Stresses in allen Branchen eindrücklich. Heute arbeitet jede/r dritte Beschäftigte unter chronischem Stress. Das Pflegepersonal hat am 22. September mit 30 000 Zitronen klar und deutlich gesagt: «Wir sind sauer – die Zitrone ist ausgepresst!» Es geht an unsere Gesundheit. Jetzt dürfen nicht weitere Löcher in die Kantonskasse gerissen werden für Steuergeschenke an verantwortungslose Grosskonzerne. Jetzt ist das Kantonspersonal dran! Der vpod stellt, zusammen mit den AGSt-Verbänden, drei Forderungen:

1. Alle fünf Jahre einen Monat bezahlten Urlaub. Das ist ein zeitgemässer Ausbau des Dienstaltersgeschenke und dringend notwendiger Gesund-

heitsschutz. Wir sind überzeugt, dass auch der Kanton damit nur gewinnen wird: zufriedenes Personal und tiefere Krankheitskosten.

2. Eine namhafte Lohnerhöhung. In den schlechten Zeiten musste sich das Personal 6,5 Prozent Teuerung und zwei Stufenanstiege ans Bein streichen. Jetzt sind aber gute Zeiten. Der Kanton Basel-Stadt schreibt seit Jahren nicht nur schwarze Zahlen, sondern Rechnungsüberschüsse im dreistelligen Millionenbereich. Jetzt soll das Kantonspersonal einen Ausgleich erhalten für die früheren Verzichte!

3. Die Abschaffung der Degression auf dem Teuerungsausgleich. Heute wird die Teuerung nur bis Lohnklasse 8 zu 100 Prozent ausgeglichen. Ab Lohnklasse 9 beginnt die Degression, in Lohnklasse 28 wird die Teuerung noch zu 65% ausgeglichen. Der vpod ist der Meinung, die Degression müsste bei einer höheren Lohnklasse einsetzen. Die Mehrheit der AGSt-Verbände will die Degression ganz abschaffen.

Jetzt seid ihr dran, liebe Kolleginnen und Kollegen! Demnächst könnt ihr die online-Petition www.jetzt-sind-wir-dran.ch unterschreiben und anklicken, welche Forderung für euch die wichtigste ist. Mit einer eindrücklichen Anzahl Unterschriften wollen wir der Regierung zeigen, wer jetzt wirklich dran ist!

basler vpod: Die Basler PK beruht auf dem Leistungsprimat, d. h., die Rente entspricht einem festen Prozentsatz des Monatslohns. Kann das Leistungsprimat ohne Staatsgarantie beibehalten werden?

Rechsteiner: Das Leistungsprimat wäre weiterhin möglich, die Frage ist nur: Wer bezahlt die hohen Kosten? Nach dem neuen Gesetz und nach den neuen Spielregeln des Bundes muss die Kasse laufend ausfinanziert werden. Es ist nicht mehr möglich, den Deckungsgrad einfach absinken zu lassen. Die Ausfinanzierung von Deckungslücken geschieht in Basel paritätisch. Weil die Renten nicht gekürzt werden können, müssen die Verluste auf dem Kapital allein durch die Aktiven (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) gedeckt werden, auch auf dem Kapital der Rentner, und das bedeutet: höhere Prämien. Bei Prämien, die aktuell – inklusive alter Tilgungsbeiträge bei etwa 35 Prozent liegen 25% kommen von Arbeitgeberseite, rund 10% von Seiten der Angestellten –, stossen wir da langsam an Grenzen. Nicht zu vergessen, dass die Rentenbezügerinnen schon bei der letzten Sanierung den Teuerungsausgleich opferten und dass die Aktiven bereits 1,6 Prozent zusätzliche Lohnabzüge zum Stopfen des letzten Lochs beitragen; auch der Kanton hat 400 Millionen zusätzlich eingeschossen. Man hat alles Menschenmögliche gemacht und steht trotzdem wieder am Hag.

basler vpod: Mit dem Beitragsprimat fahren die Versicherten aber eindeutig schlechter.

Rechsteiner: Davon müssen wir ausgehen. Verteilt wird nur, was die Kasse erwirtschaftet. Die Renditen müssen sehr hoch sein, um im Beitragsprimat auf gleiche Renten zu kommen wie im Leistungsprimat. Davon sind wir heute, wie geschildert, weit entfernt. Die Situation ist für alle Beteiligten nur unerfreulich, denn man kann einzig darüber beraten, ob man den Beitragszahlenden mehr Lasten aufbürdet oder den Versicherten in Zukunft die Leistungen kürzt.

basler vpod: Für Angestellte mit hohen Löhnen ist es nicht so einschneidend, statt einem festen Prozentsatz eine den Beiträgen und der Verzinsung ihres Kapitals entsprechende Rente zu bekommen. Wäre da eine Abfederung zugunsten der Angestellten mit kleineren Löhnen möglich?

Rechsteiner: Das wäre möglich, und es stellt sich generell die Frage, ob Kaderangestellte im Alter eine Lohnfortzahlung in Prozent des früheren hohen Niveaus wirklich brauchen. Der Mensch lebt von Franken, nicht von Prozenten. Diese politische Diskussion ist eine Angelegenheit der Sozialpartner, und schon heute sind die hohen Löhne leicht degressiv versichert.

vpod basel: Gibt es beim Beitragsprimat auch Vorteile für die Versicherten?

Rechsteiner: Es gibt sie, aber sie sind im Vergleich zur voraussichtlichen Renteneinbusse eher klein. Ein Vorteil ist, dass bis zum 45 Altersjahr bei Stellenwechsel die volle Freizügigkeit gilt. Das ist im Leistungsprimat nicht der Fall. Als zweites ist das Beitragsprimat ein wenig gerechter, indem die Aufsteigenden nicht mehr so grosse Nachfinanzierungen beanspruchen können wie heute. Bei einer Fortsetzung der bisherigen Beiträge des Arbeitgebers bedeutet dies, dass etwas mehr Geld für die kleinen und mittleren Löhne mit flacher Karriere zur Verfügung steht.

vpod basel: Wäre es angesichts der sich abzeichnenden Systemkrise der 2. Säule nicht sinnvoll, sich auf die 1. Säule, die AHV, zu besinnen, und diese zu stärken?

Rechsteiner: Diese Frage stellt sich. Leider versucht die politische Rechte das Gegenteil zu erreichen. Sie will keinen Ausbau der AHV, sondern auch dort eine Reduktion der Leistungen, aktuell in Form der Anhebung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre. Auch die AHV braucht aus demographischen Gründen mehr Mittel. Nur schon der Erhalt der bisherigen Leistungen ist ein Kraftakt. Ein Ausbau wurde wiederholt angestrebt und scheiterte stets in der Volksabstimmung.

vpod basel: Zurück zur aktuellen Situation der PK Basel. Gibt schon Ideen, wie man aus der Pensionskassenkrise herauskommen könnte?

Rechsteiner: Es gibt zurzeit noch keinen konkreten Plan, aber technische Analysen, und die sehen nicht gut aus, wenn die Zinsen weiter so tief bleiben. Ein Anstieg der Inflation und der Zinsen würde das ganze Problem wahrscheinlich lösen, aber Wunder kann man nicht bestellen. Ich denke, wenn das Ausmass der Unterdeckung geklärt ist, brauchen wir zwei bis drei Jahre für tragfähige Lösungen, um nicht von einem Loch ins nächste zu geraten. Für mich ist es wichtig, klar und deutlich zu sagen, dass die PK Basel absolut seriös gearbeitet hat. Die Verwaltungskosten sind sehr niedrig, und durch Direktanlagen konnte vermieden werden, dass viel Geld in Form von Gebühren zu den Banken abfließt. Aber damit ist die Ertragsschwäche nicht vom Tisch und die Spielregeln des Bundes für öffentlich-rechtliche Kassen sind viel härter als früher. Es wird Einbussen geben, und das wird wehtun. Man kann dann noch darüber streiten, wer die Rechnung bezahlt und wer nicht. Die laufenden Renten sind geschützt, aber für die aktiv Versicherten ist es nicht lustig. Sie müssen entscheiden zwischen noch höheren Beiträgen oder tieferen Renten.

Aufgegriffen



Matthias Scheurer

BaZ-Redaktor Raphael Suter hatte Ärger im Tram. Das kann passieren. Doch als er in der BaZ vom 14. Oktober seinem Ärger mit einer Beschimpfung der TrämlierInnen und der ganzen BVB Luft machte, trübte der Ärger seinen Geist und er verhaute sich so gründlich, dass es danach empörte Leserbriefe von zufriedenen TrankundInnen hagelte. Wir hoffen, dass dies Herrn Suters Blick auf die Qualität des Basler Nahverkehrs wieder klärte, und möchten hier noch ein paar Berichtigungen nachreichen: So sind die BVB, entgegen Herrn Suters Annahme, seit 2006 kein Staatsbetrieb mehr, die regelmässig gemessene Kundenzufriedenheit mit dem Personal liegt in Basel beim landesweiten Rekordwert von 79%, und genau die Männer und Frauen, die Herr Suter wegen ihres Aussehens öffentlich verhöhnte, sorgen Tag und Nacht und bei jedem Verkehr dafür, dass der Herr Redaktor und mit ihm hunderttausende von Tram- und Buskunden pünktlich und sicher an ihren Bestimmungsort gefahren werden – dank staatlichem Leistungsauftrag im Viertelstundentakt!

Inhalt

vpod region basel

Pensionskasse Basel-Stadt	Seite 1
Editorial	1
Was lange gärt, wird endlich Wut!	3
Rechtsberatung	3
vpod-chronik	4
Was Carlo Contis Versprechen wert sind!	9
vpod Jugend	10
Agenda • Zum Gedenken	10
Personalrecht Baselland	11
National- und Ständeratswahlen 2011	11
JubilarInnenfeier 2011	11
Letzte Nachrichten	12
In Kürze	12
Mitgliederwerbung	12

sektor erziehung

28/32 Pflichtlektionen sind zu viel!	5
Papierkorbleeren ohne WTO	6
Tribüne: Abstimmungen BL	6
vpod-Tagung in Bern	6
Fachhochschule Nordwestschweiz	7
Replik: «Zahlenbuch» im Kindergarten ein überzeugendes Konzept	7
Schulhauswarte gestern und heute	8
Lesefutter	8

Impressum • Herausgeber: vpod region basel, Rebgasse 1, 4058 Basel • Geht an die Mitglieder des vpod region basel sowie weitere AbonnentInnen • Erscheint 5-mal jährlich • Zuschriften an: Redaktion vpod region basel, Rebgasse 1, 4058 Basel • Redaktionsschluss nächste Nummer: 15.1.2012 • **vpod-Sekretariat:** Telefon 061 685 98 98, Fax 061 685 98 90, E-Mail: sekretariat@vpod-basel.ch; Redaktion: Roger Monnerat, Martin Stohler • Kommission: Marianne Meyer, Heidi Mück, Matthias Scheurer, Thomas Vogt • Gestaltung und Layout: Lucio Giugni • Titelgrafik sektor erziehung: Uwe Gruner • Druck: Ediprim SA, Biel • Die Redaktion behält sich Kürzungen und Änderungen vor.



Was lange gärt, wird endlich Wut!



An einer breit abgestützten Protestversammlung des Kantonspersonals, des Umwelt- und Denkmalschutzes und des öffentlichen Verkehrs haben am 26. Oktober über 800 Teilnehmende das Entlastungspaket 12/15 der Baselbieter Regierung rundweg zurückgewiesen und forderten Regierung und Landrat auf, bei der Sanierung der Kantonsfinanzen auch die Einnahmenseite – sprich Steuereinnahmen – zu berücksichtigen.

«Uns reichts! Wir sind nicht bereit, für eine verfehlte Finanzpolitik und 130 Millionen Steuergeschenke den Kopf hinzuhalten!» Das war der Tenor der über 800 Teilnehmenden, die am 26. Oktober den grossen Mittensaal bis auf die hintersten Ränge füllten. Auf Hunderten von gelben Ballonen stellten die zahlreich anwesenden Lehrerinnen und Lehrer unmissverständlich klar: «Effizienzsteigerung in der Schule ist heisse Luft!»

Eingeladen zu diesem Protest gegen das Entlastungspaket 12–15 der Baselbieter Regierung hatte die Arbeitsgemeinschaft der Basellandschaftlichen Personalverbände (ABP) zusammen mit Verbänden aus Umweltschutz (WWF), Denkmalschutz und öffentlichem Verkehr (VCS).

Einmalige Koalition • Noch nie trat eine derart breite Koalition gegen ein Sparprogramm der Regierung auf. Doch mit den vorgeschlagenen Sparmassnahmen, die einseitig einige ganz zentrale Dienstleistungsbereiche des Service public – Umwelt, Heimatschutz, öffentlicher Verkehr und Bildung – tangieren und darüber hinaus vor allem auch Kinder, Jugendliche und sozial Benachteiligte treffen, hat die Regierung das Fass offensichtlich zum Überlaufen gebracht. Und obschon ein

Grossteil der Anwesenden aus dem Schulbereich stammten wurde aus den Referaten und den Versammlungsvoten klar: Die Solidarität unter den Betroffenen ist gross und sie sind nicht mehr bereit, sich gegeneinander auszuspielen und auseinanderdividieren zu lassen.

Weitere Aktionen im Schulbereich • In verschiedenen Voten wurde klar, dass man es nicht bei der Protestversammlung belassen wollte. «Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir mit weiteren Aktionen, zum Beispiel mit Warnstreiks, ein klares Zeichen setzen müssen», meinte eine Versammlungsteilnehmerin aus dem Schulbereich, und einer ihrer Berufskollegen doppelte sarkastisch nach: «Dieser Kanton kann sich offenbar den Kanton nicht mehr leisten – soll er doch der EU beitreten, um so wenigstens vom Rettungsschirm zu profitieren!» Eine Resolution, die das Entlastungspaket als Ganzes ablehnt und Neuverhandlungen über die Sanierung der Kantonsfinanzen verlangt, wurde am Schluss einstimmig angenommen. Darin werden Regierung und Landrat aufgefordert, bei der Sanierung der Kantonsfinanzen auch die Einnahmenseite – sprich Steuereinnahmen – zu berücksichtigen. Klar war auch der Auftrag an die Personalverbände: Es müssen weitere Schritte folgen! Die ABP wird darüber bereits an ihrer nächsten Sitzung beraten, denn die Zeit drängt: Am 17. November könnte das Geschäft bereits auf der Traktandenliste des Landrats stehen!

Matthias Scheurer, Regionalsekretär •

Rechtsberatung

Immer schriftliche Arbeitsverträge!

«Es wurde abgemacht, dass ich immer am Donnerstagnachmittag frei habe. Im Arbeitsvertrag steht das aber nicht.» Diese und ähnliche Aussagen sind äusserst bedauerlich. Beim Arbeitsvertrag gilt zwar die sogenannte Formfreiheit, d.h., ein Arbeitsvertrag kann grundsätzlich auch mündlich gültig abgeschlossen werden. Schriftlichkeit ist aber aus Beweisgründen empfohlen. Im Vertrag sollen sämtliche Abmachungen festgehalten werden. Denn nur allzu oft mag sich ein Arbeitgeber nicht mehr an die Zusagen vor der Vertragsunterzeichnung erinnern. Grössere Firmen und auch Basel-Stadt und Baselland arbeiten mit Standardverträgen, doch auch dort ist nicht immer alles klar definiert. Die meisten schriftlichen Arbeitsverträge regeln nur die wichtigsten Punkte. Viele Arbeitgeber verweisen denn regelmässig auch auf Anstellungsreglemente oder die Personalgesetzge-

bung, einen GAV oder Betriebsordnungen, welche den Einzelvertrag ergänzen. Im Vertrag wird das dann oft so formuliert: «Reglement XY bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Vertrages.» Diese Reglemente sind jedoch der Arbeitnehmerin abzugeben, bevor der Vertrag unterzeichnet wird, denn sie soll ja auch noch Zeit haben, sie zu lesen und notfalls Fragen zu stellen.

Was sollte unbedingt mit einem schriftlichen Vertrag geregelt werden?

- Namen der Vertragsparteien
- Beginn des Arbeitsverhältnisses
- Pensum oder Arbeitszeit pro Woche
- Höhe des Lohnes (inkl. 13. Monatslohn)
- Lohnfortzahlung bei Krankheit und Unfall
- Ferien
- Kündigungsfristen
- Funktion

Vor allem in Bezug auf die Arbeitszeit gibt es immer wieder Unklarheiten, und hier werden im Vorfeld oft Abreden getroffen, die sich plötzlich nicht mehr im schriftlichen Vertrag finden. So sollte unbedingt der Beschäftigungsgrad festgehalten werden. Es ist dringend abzurufen von Verträgen, in denen das Pensum nicht definiert ist. Bei schwankendem Beschäftigungsgrad soll das Mindestpensum im Vertrag definiert werden, damit der Arbeitnehmer eine minimale Einkommenssicherheit hat. Auch Zusagen zu den wöchentlichen freien Tagen sollen unbedingt festgehalten werden. Bei Unsicherheiten vor der Vertragsunterzeichnung empfehlen wir eine Beratung durch das Sekretariats-team – Anruf genügt!



Susanne Nese
Regionalsekretärin

Rechtsberatung

sekretariat@vpod-basel.ch • Unsere Fachleute im vpod-Sekretariat beraten Sie bei allen Schwierigkeiten am Arbeitsplatz. Haben Sie Fragen zu Ihrem Lohn, Ihrem Arbeitsvertrag, Ihrer sozialen Absicherung oder zu Ihrem Arbeitszeugnis? Der vpod bietet seinen Mitgliedern kostenlos schnelle und kompetente Beratung.

Wiedersehen vor Gericht, Basel bald ohne Strom, Büezerin ins Parlament

Wissenstransfer 1 • Sie sei nie eine Stille gewesen, sagt Susanne Nese – eine Vorlaute aber auch nicht, muss da hinzugefügt werden –, trotzdem habe es mit ihrer stillen Wahl zur Strafgerichtspräsidentin geklappt. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge nehme sie Ende Dezember nach neun Jahren Abschied vom vpod region basel. Sie sagt: *«Ich freue mich sehr auf die neue Herausforderung am Strafgericht. Und genauso froh bin ich, dass sich im vpod-Sekretariat eine sehr gute Nachfolgelösung abzeichnet. Wir haben im Team und Regionalvorstand intensiv darüber nachgedacht, wie möglichst viel Kontinuität in den Gesundheitsdossiers gewährleistet werden kann, stehen diesem Bereich doch einige brisante und ziemlich grosse 'Kisten' bevor»*. Zu nennen wären etwa die bevorstehenden GAV-Verhandlungen für die öffentlichen Spitäler in der Stadt, der GAV Spitex, die Verselbstständigung der kantonalen Spitäler und Kliniken auf dem Land und die auch dort absehbaren GAV-Verhandlungen. Vor diesem Hintergrund kommt es zu einer Bereichsrochade im Sekretariat, und Marianne Meyer wird den Gesundheitsbereich übernehmen. Susanne Nese dazu: *«Nach diesem Entscheid fällt mir der Abschied etwas leichter, weiss ich 'meinen' Bereich und die Mitglieder im Gesundheitssektor doch in hochkompetenten, motivierten und engagierten Händen.»*



Susanne Nese

Marianne Meyer bleibt weiterhin zuständig für das AGSt-Sekretariat. In den nächsten Tagen erfolgt die Stellenausschreibung für die vakanten Stellenprozente. Es sei eine tolle Zeit gewesen beim vpod region basel, sagt Susanne Nese und abschliessend: *«Diese Jahre haben mich ganz entscheidend geprägt, und ich danke Euch allen für eine menschlich und politisch wertvolle, sprich unbezahlbare Erfahrung. Ich freue mich, Euch bei anderer Gelegenheit – wenn möglich nicht vor Gericht! – wieder anzutreffen.»*

Wissenstransfer 2 • Die Sparauflagen, die auf den Industriellen Werken Basel (IWB) lasten, sind im vpod region basel schon wiederholt ein Thema gewesen. Dass ein rigider Sparkurs

gravierende Folgen für die Versorgungssicherheit haben könnte, wird im Bereich Netze Services Elektrizität deutlich. Er ist zuständig für den störungsfreien Betrieb, die Instandhaltung sowie die Überwachung des Stromnetzes und der öffentlichen Beleuchtung des Kantons Basel-Stadt. Wenn es zu Stromunterbrüchen kommt, sind seine Leute die Ersten, die mit der Störungsbehebung beginnen. Einer dieser Mitarbeiter ist vpod-Mitglied Thomas Schneider, und er macht sich Sorgen um die Zukunft seines Bereichs. Er sagt: *«Sehr viele unserer Mitarbeiter werden in den kommenden Jahren pensioniert. Bis im Jahre 2020 werden etwa 40% dieser Stromprofis pensioniert sein. Ihr Wissen – es entspricht rund 550 Jahren Berufserfahrung – wird*

den IWB dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Um dieses Wissen nachhaltig sicherzustellen, ist es nötig, dass neue Mitarbeiter frühzeitig eingestellt werden, damit der Wissenstransfer rechtzeitig stattfinden kann. Es vergehen etwa 3 Jahre, bis ein neuer Mitarbeiter als Pikettmonteur im Netz arbeiten kann, für die Pikettleiter sind dann nochmals 3 zusätzliche Jahre an Ausbildung und Erfahrung nötig. Verzögerungen bei der Neubesetzung dürfen sich die IWB keinesfalls leisten.»



Regina Rahmen, SP-Nationalratskandidatin, Pöstlerin und Syndicom-Mitglied

Wissenstransfer 3 • Regina Rahmen, Pöstlerin und Syndicom-Mitglied, haben wir um einen kurzen Bericht über ihre Erfahrungen als Nationalratskandidatin der SP gebeten. Hier, was sie uns geschickt hat: *«Der Herr, der am Sonntagmorgen anrief, wollte mit mir einen Termin abmachen: Er erwäge, mich zu wählen! Der Kerl, der mich und meinesgleichen erschiessen wollte, und der, der mich zum Tanzen einlud, obwohl er sich nicht für Politik interessiert, blieben Ausnahmen. Vor allem bei Büezerern und Büezerinnen stiess meine Kandidatur auf sehr positives Echo. Der Bereitschaft meiner Kolleginnen und Kollegen, mich bei der Arbeit zu vertreten, verdanke ich es, dass ich alle Termine wahrnehmen konnte. Mein schichtarbeitender Mann hat im Haushalt die Stellung gehalten. Als Pöstlerin standen mir während der Arbeitszeit keine «Wahlkampfpausen» zu, nächtliche Eigeninitiative war deshalb angesagt. Und zuweilen wurde es echt schwierig: Als ein Freund mich beispielsweise per SMS informierte, dass Huntsman Hunderte von Stellen streiche, war ich entsetzt und hatte tagelang ein schlechtes Gewissen, denn die Termindichte vor, zwischen und nach der Arbeit verhinderte es, klug Stellung zu nehmen. Und um ein Missverständnis klarzustellen, das aufgrund eines Radiointerviews entstand und mir ein paar böse Mails bescherte: Ich habe nichts gegen AkademikerInnen und bin keinesfalls der Meinung, AkademikerInnen würden nichts arbeiten! Meine Kritik bezog sich nur auf die aktuelle Zusammensetzung des Nationalrates! Die Bevölkerung besteht eben nicht nur aus AkademikerInnen, Bauern und Unternehmern! Den sonntäglichen Anrufer habe ich übrigens in seinem Geschäft besucht! Er hat mir sein wohl verschlossenes Wahlcouvert zum Einwurf mitgegeben – weil er keine Zeit dafür hatte!»*

Thomas Aerni meint

Mitgliederwerbung ist in der vpod-Gruppe Zolli ein Dauerthema, weil Trittbrettfahren auch in unserem Betrieb ein beliebter Volkssport ist. Wenn unsere Gruppe etwas erreicht, dann profitieren davon auch die Nichtmitglieder – nur halt eben gratis! Der vpod hat aber im Zolli auch aus anderen Gründen keinen leichten Stand. Zum einen haben wir nicht den Leistungsdruck der Privatindustrie, zum anderen bietet uns eine sozial eingestellte Direktion hohe Arbeitsplatzsicherheit, und bei Fehlern oder Problemen drohen nicht gleich Strafe, Versetzung oder Entlassung. Neu eingestellte KollegInnen sind trotzdem meistens positiv auf die gewerkschaftliche Grundgedanken und die Philosophie eingestellt. Wir stossen auf offene Ohren, wenn wir ihnen das vom vpod Erreichte vorstellen. Aber dann kommt der Prellbock: der vpod-Mitgliederbeitrag im Vergleich zu dem, was sie früher bei ihrer Gewerkschaft in der Privatindustrie bezahlen mussten! Wir haben deshalb beschlossen, beim vpod-Landesverband einen Antrag zur Neugestaltung der Mitgliederbeiträge zu stellen. Er wurde in einer breit abgestützten Arbeitsgruppe des vpod region basel ausgearbeitet, denn auch in anderen Gruppen brennt das Thema. Es ist uns klar, dass man die Mitgliederbeiträge nicht einfach so senken kann. Nichts tun ist aber keine Lösung, und wir sind deshalb froh, dass die Generalversammlung und der Vorstand des vpod region basel bereit sind, diesen Antrag in den Landeskongress zu tragen, und hoffen dort auf offene Ohren. Denn so, wie es ist, kann es nicht weitergehen!

Thomas Aerni arbeitet als Tierpfleger im Basler Zoo





Basel-Stadt: Primar- und Kindergartenstufe

28/32 Pflichtlektionen sind zu viel!

Im «Basler Schulblatt» vom September 2011 wird versucht, den Lehrpersonen, die von der Orientierungsschule (OS) oder der Weiterbildungsschule (WBS) an die Primarstufe wechseln, die Erhöhung der Pflichtlektionen schmackhaft zu machen. Die Argumentation geht aber nicht auf.

Die Arbeiten an den Schulreformen gemäss HarmoS und dem Sonderpädagogik-Konkordat sind in vollem Gang. Für viele Lehrpersonen stehen die sogenannten Wechselgespräche und damit die Entscheidung über den künftigen Arbeitsort unmittelbar bevor. Für OS- und WBS-Lehrpersonen, die an die Primarstufe wechseln, wurde zwar ein bis 2021 befristeter Lohnklassenbesitzstand beschlossen, doch die Pflichtlektionen steigen für die Betroffenen von 25 auf 28. Diese Erhöhung der Pflichtlektionenzahl löst bei den Betroffenen noch immer Unmut aus. Im «Basler Schulblatt» vom September 2011 reagiert der Projektkoordinator Schulentwicklung mit dem Artikel «28 Pflichtlektionen: Ist das fair?» auf diesen Unmut.

Viele Perspektiven beleuchtet • Der Artikel versucht den Umstand, dass Lehrpersonen im 7. und 8. Schuljahr drei Lektionen mehr unterrichten müssen, aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Es werden die rechtliche, die praktische, die politische, die interkanto-

nale, die komplexe und die pragmatische Perspektive angesprochen.

Unter der rechtlichen Perspektive wird den Lehrpersonen, die von einer höheren Stufe an die Primarschule wechseln (müssen), vorgerechnet, dass sie dank der Jahresarbeitszeit zwar drei Lektionen mehr unterrichten, nicht aber länger arbeiten müssen als bisher. Die Frage, ob eine Lektion an der Primarschule wirklich weniger Vor- und Nachbereitung bedarf als an der Sekundarschule, wird unter der praktischen Perspektive mit dem Verweis auf die anderen Kantone beantwortet, die alle die Anzahl der Pflichtlektionen mit steigender Schulstufe sinken lassen. Damit wird die spezielle Situation des Kantons Basel-Stadt, bei dem ein namhafter Teil der Lehrpersonen die Stufe wechseln müssen, aber überhaupt nicht berücksichtigt. Der konkrete Vergleich mit den umliegenden Kantonen wird erwartungsgemäss unter der interkantonalen Perspektive herangezogen. Doch auch dieses Argument geht nicht auf, denn es berücksichtigt die Lohnsituation der umliegenden Kantone nicht, was im Artikel auch selber zugegeben wird.

Einzig finanzielle Gründe • Unter der praktischen Perspektive versucht der Artikel am Ende die Lehrpersonen davon zu überzeugen, dass ihnen nichts anderes übrig bleibt, als «die gesetz-

lich erlassene Anzahl Pflichtlektionen hinzunehmen – und gleichzeitig die hohe Autonomie zu nutzen, die einem der Staat als Lehrperson in der Arbeitszeitgestaltung schenkt».

Es bleibt dabei: Einzig finanzielle Gründe sprechen gegen eine Senkung der Pflichtlektionen. Im Ratschlag zu HarmoS wurde explizit mit einer Einsparung von 6,5 Millionen Franken gerechnet. Diese wird erzielt, weil im 7. und 8. Schuljahr (neue Zählweise) künftig nur noch Primarschullöhne bezahlt werden müssen (3,6 Millionen Einsparung) und weil dort künftig 28 anstatt wie bisher 25 Pflichtlektionen für ein Vollpensum erforderlich sind (2,9 Mio. Einsparung).

Es bleibt dabei: Die zeitlichen Belastungen für die Lehrpersonen haben in den letzten Jahren enorm zugenommen und steigen aufgrund der laufenden Reformarbeiten weiter an. Die Pflichtlektionenzahlen von 28 auf der Primarstufe und 32 auf der Kindergartenstufe sind eindeutig zu hoch. Die Gewerkschaft Erziehung im vpod fordert weiterhin eine Senkung der Pflichtlektionenzahl, damit der Schulalltag für die Lehrpersonen in gewohnt hoher Qualität leistbar bleibt und die massiven zusätzlichen Belastungen durch die laufenden Schulreformen nicht zur Überlastung werden.

Heidi Mück •

Papierkorbleeren ohne WTO

Erneut ist ein Reinigungsauftrag an der Uni ausgeschrieben – und die betroffenen Reinigungsfrauen stehen vor dem Aus. Der vpod und sektor erziehung rufen dazu auf, die Reinigungsfrauen und den Widerstand gegen die Hire-and-fire-Politik des Wettbewerbsdiktats zu unterstützen.

Morgens früh um sieben, Francesca (Name von der Redaktion geändert) leert Papierkörbe, zieht Böden auf, rasch und konzentriert, denn in einer Stunde kommen die ersten Sekretärinnen, BibliothekarInnen und Studierenden. Sie und ihre vier Kolleginnen arbeiten seit Jahren hier an den Uni-Seminaren am Nadelberg und gehören zum Team wie alle anderen Mitarbeitenden. Francesca ist auf ihr Einkommen dringend angewiesen. Jetzt weiss sie aber nicht, ob sie weiter hier arbeiten kann.

Prekäre Anstellungsbedingungen • Angestellt sind Francesca und ihre Kolleginnen nicht bei der Uni, sondern bei einer privaten Reinigungs-firma. Die Uni muss sich bei Dienstleistungsaufträgen an das Beschaffungsgesetz halten. Dieses schreibt vor, dass dauerhafte öffentliche Aufträge periodisch ausgeschrieben werden müssen. Diese Bestimmung diktiert die Welt-handelsorganisation WTO. Die Opfer dieses Wettbewerbsdiktats sind die Angestellten, in diesem Fall Francesca und ihre Kolleginnen. Alle paar Jahre stehen sie auf der Strasse und müssen eine neue Stelle suchen. Das sind un-akzeptable, prekäre Anstellungsbedingungen!

Widerstand gegen WTO-Marktdiktat • Anfang 2011 wurde der Reinigungsauftrag der Uni-Bib-

liothek (UB) neu ausgeschrieben. vpod-Mitglieder an der UB verlangten mit einer Petition die direkte Anstellung des Reinigungspersonals bei der Uni, damit es nicht weiter der Hire-and-Fire-Politik des WTO-Ausschreibungszwangs ausgeliefert ist. Die Petition wurde in kurzer Zeit von 1400 UB-Mitarbeitenden und Studierenden unterschrieben und vom Studierendenverband skuba und von der Vollversammlung der Assistierenden der Phil-I-Fakultät unterstützt. Das Ergebnis: Ein Teilerfolg. Zwar war die Uni-Leitung nicht bereit, die Reinigungsfrauen direkt anzustellen, aber den Zuschlag erhielt die bisherige Reinigungsfirma, und die Frauen konnten bleiben.

Jetzt wiederholt sich die Geschichte an den Sprachseminaren, und wieder sind die vpod-KollegInnen aktiv geworden und haben eine Petition lanciert. Die Uni wird sich überlegen müssen, ob es vertretbar ist, das Reinigungspersonal als beliebig auswechselbare Arbeitskräfte zu betrachten. Die Uni-Mitarbeitenden werden bei jeder weiteren Ausschreibung den Widerstand organisieren gegen die unwürdigen prekären Anstellungsbedingungen.

Marianne Meyer •



Die Petition unterschreiben auf [www.petition-reinigungsfrauen.ch!](http://www.petition-reinigungsfrauen.ch)

vpod-Tagung in Bern

Hochschulen im Wettkampf

An der vpod-Tagung «Hochschulen im Wettkampf» vom 17. März 2012 in Bern sollen die aktuellen Entwicklungen kritisch analysiert und Möglichkeiten des Widerstands diskutiert werden.

Nach einem Jahrzehnt Lissabonstrategie und Bologna-Prozess auf dem Weg zum «wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt», auf dem auch die offizielle Schweiz ist, rollt die Ökonomisierungswalze an den Hochschulen weiter. Die auf Effizienz getrimmten Unis und Fachhochschulen, gesteuert von kleinen, wirtschaftsdominierten Gremien, konkurrenzieren sich im Wettbewerb um Studierende und Forschungsgelder. Für das Hochschulpersonal bedeutet dies massiv steigenden Arbeitsdruck: Immer mehr Studierende, die betreut werden wollen, Dauerstress durch den Druck, Forschungsgelder akquirieren zu müssen und bei den Publikationsratings top zu sein. Evaluationen, zunehmende Bürokratie und Reorganisati-

onen beanspruchen Zeit, die bei der Forschung fehlt. Die Freiräume bei Lehre und Forschung schrumpfen, und die Forschungsfreiheit wird der ökonomischen Verwertbarkeit geopfert. Der vierfache Leistungsauftrag an den Fachhochschulen zum Beispiel ist zum krank machen den Dauermarathon geworden. Beim Mittelbau kommen prekäre Anstellungsbedingungen mit befristeten Verträgen, tiefen Löhnen und fehlender Zeit für die wissenschaftliche Qualifizierung dazu. Hier gilt es, Gegensteuer zu geben. Unsere Tagung soll dazu Anregungen vermitteln und den Erfahrungsaustausch fördern.

mm •

Als ReferentInnen konnten bis jetzt Mathias Binswanger («Sinnlose Wettbewerbe im Hochschulbereich») und Isabelle Bruno gewonnen werden. Bruno, Dozentin für Politikwissenschaft an der Universität Lille, wird zum Thema «Lissabon-Strategie und der Umbau der europäischen Hochschulen – Wie verändert sie die Arbeit an den Hochschulen?» sprechen. Weitere Informationen: www.vpod.ch

Abstimmungen BL NEIN zur Entmachtung des Bildungsrats!

Im November haben die Baselbieter Stimmberechtigten über die Änderung des Bildungsgesetzes abgestimmt. Es geht dabei um die Frage, ob in Zukunft nicht mehr der Bildungsrat, sondern der Landrat selbst endgültig über Stundentafeln, Lehrpläne und Lehrmittel an den Baselbieter Schulen befinden kann.

Der Bildungsrat ist ein politisch breit abgestütztes Gremium, in welchem die Wirtschaft, die Politik und die Lehrerschaft angemessen vertreten sind. In der Regel wird im Bildungsrat sachbezogen um Lösungen gerungen. Bis heute konnten jedenfalls keine Fehlentscheide als Begründung für die beantragte Kompetenzverschiebung genannt werden. Trotzdem sollen nun nach dem Willen der bürgerlichen Mehrheit des Landrats die klar geregelten Kompetenzen zwischen dem Bildungsrat und dem Landrat zu ungunsten des Bildungsrates geändert werden.

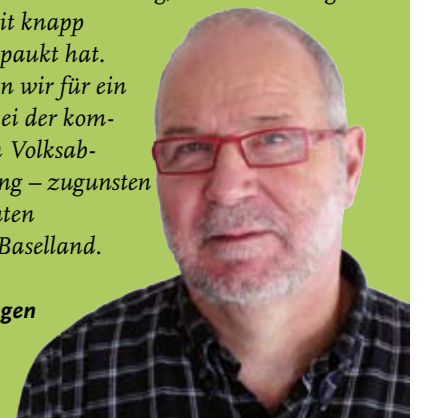
Die geplante Lösung bürdet dem Landrat zusätzliche Aufgaben auf, welche dieser kaum in der nötigen Ernsthaftigkeit lösen kann. Entscheidungsprozesse für Stufenlehrpläne und Stundentafeln werden verlängert, ja sogar verunmöglich. In keinem andern Gebiet staatlichen Handelns mischt sich der Landrat so direkt auf einer tiefen Entscheidungsstufe ein. Während die Spitäler über Globalbudgets verfügen und über Anschaffungen millionenteurer Geräte allein entscheiden können, soll der Landrat beispielsweise künftig entscheiden, ob im Baselbiet auf der Sekundarstufe der neue Schweizer Schulatlas angeschafft werden soll.

Mit dem Beitritt zum Konkordat HarmoS hat das Baselbiet einer Harmonisierung im Bildungswesen zugestimmt. Die vorgeschlagene Kompetenzaufteilung ist schweizerisch einmalig und erschwert die interkantonale Zusammenarbeit.

Die wahren Absichten der Befürworter einer Entmachtung des Bildungsrates liegen auf der Hand: Seit die SVP die Volksschule als politisches Thema entdeckt hat, wird permanent versucht, die Schule parteipolitisch umzubauen. Der Landrat wird als politisches Gremium auch politisch entscheiden. Stundentafeln, Lehrpläne und Lehrmittel werden zum Spielball der Parteien. Diese Verpolitisierung unserer Schulen darf unter keinen Umständen erfolgen. Sie würde das Bildungssystem unberechenbar machen. Deshalb wehren wir uns hartnäckig gegen die Kompetenzverschiebung, wie sie die bürgerliche Mehrheit knapp durchgepaukt hat.

Kämpfen wir für ein NEIN bei der kommenden Volksabstimmung – zugunsten einer guten Schule Baselland.

Jürg Degen



Vorläufig keine neue Leistungsvereinbarung

Nach einer Patt-Situation von 42 gegen 42 Stimmen gab der Landratspräsident (SVP) am 20. Oktober den Stichentscheid gegen die Erneuerung der Leistungsvereinbarung des Kantons Baselland mit der FHNW. Bei den Grünen findet im Nachhinein ein Umdenken statt.

Das Resultat begann sich abzuzeichnen, nachdem die landrätliche Bildungs-, Kultur- und Sportkommission auf die entsprechende Vorlage nicht eingetreten war.

Was führte zu diesem Entscheid, der in den drei Partnerkantonen und in der FHNW mehr als Kopfschütteln ausgelöst hat? Letztlich war es eine unheilige Allianz von SVP, in deren Schlepptau die FDP, und den Grünen. SP und die neue Mitte (allerdings mit einer Enthaltung) unterstützten die Leistungsvereinbarung und damit die Fachhochschule klar.

Stark gewachsen • Journalisten schrieben nach der Abstimmung, die Fachhochschule sei Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden. Diese Aussage trifft die Situation genau. Die FHNW ist in den letzten Jahren stark gewachsen, neue Studiengänge werden angeboten, die Zahl der Studierenden nimmt kontinuierlich zu. Viele der neuen Studiengänge sind wichtig für den Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz. Sie tragen dazu bei, dringend benötigte Fachpersonen für Industrie und Gewerbe auszubilden. Ohne die Ausbildungsmöglichkeiten müssten zunehmend Fachkräfte im Ausland rekrutiert werden.

Dieses Wachstum allerdings kostet Geld. Die vier Trägerkantone müssen in Zukunft mehr bezahlen.

Volkswirtschaftliche Zusammenhänge • Das ist für die SVP und mit ihr für die FDP Grund

genug, Nein zu sagen. Bekanntlich sehen die basellandschaftlichen Finanzen nicht gerade rosig aus. Die Steuersenkungen der letzten Jahre sorgen dafür, dass weniger Geld in die Staatskasse fliesst, als ursprünglich möglich gewesen wäre. Dass aber ausgerechnet im Fachhochschulbereich gespart werden soll, ist völlig unverständlich. Ausgebildete Fachkräfte sind wichtig für den Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz. Sie bezahlen Steuern direkt und indirekt, indem sie der Industrie und dem Gewerbe ermöglichen, eine hohe Qualität bei ihren Produkten zu erreichen. Sie leisten also einen wichtigen Beitrag zu einer prosperierenden Wirtschaft, wodurch wieder mehr Steuereinnahmen generiert werden können. Dass die FDP als ehemalige Wirtschaftspartei (mit einer Ausnahme) diese Zusammenhänge nicht sehen will, ist erschütternd.

Gleichzeitig ist auch die SVP nicht mehr ernst zu nehmen. Sie bekämpft die sogenannte «Masseneinwanderung» und sorgt gleichzeitig dafür, dass in Zukunft noch mehr Fachkräfte aus dem Ausland geholt werden müssen.



Volksschule versus FHNW? • Aber auch das Nein der Grünen löst Kopfschütteln aus. Grundsätzliche Kritik an der FHNW und Sparen gaben hier den Ausschlag, wenn auch mit einer anderen Argumentation. Einzelne Grüne spielten nämlich die verschiedenen Schularten gegeneinander aus. Für die Volksschule solle gemäss Entlastungspaket der Regierung zukünftig weniger Geld zur Verfügung stehen. Deshalb müsse die Erhöhung des Beitrags an die FHNW gekürzt werden. Die Folgen dieser Kürzung interessierte die Mehrheit dieser Partei nicht. Auch dass sie mit ihrer Argumentation quasi in vorauseilendem Gehorsam handle, wollte sie nicht wahrhaben. Allerdings findet jetzt offensichtlich ein Meinungsumschwung statt. Im Anschluss an ein nordwestschweizerisches Treffen der Grünen wird eine Mehrheit der Landratsfraktion dem Globalbudget für die FHNW zustimmen. Die Kritik an der Fachhochschule soll von der Finanzierung getrennt und im Rahmen der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) aufgenommen werden.

Vernünftige Lösungen möglich machen • Die Folge dieses Landratsentscheids ist ein wahrer Scherbenhaufen. Bildungsdirektor Urs Wüthrich versucht, einen Weg aus dem Desaster zu finden, der vernünftige Lösungen möglich macht, die der FHNW und der vierkantonalen Zusammenarbeit nicht schaden.

Es ist zu hoffen, dass das gelingen wird, sonst wären wesentliche Einschränkungen für Studierende aus Baselland eine mögliche, absolut unerwünschte Folge. Nicht zuletzt könnte der Standort Muttenz der FHNW längerfristig gefährdet sein.

Regula Meschberger, Landrätin SP •

Replik

«Zahlenbuch» im Kindergarten: ein überzeugendes Konzept

Unter dem Titel «Vom Kindergarten zur Kinderschule» wurde in sektor erziehung 4/2011 gegen ein Lehrmittel-Obligatorium für den Bereich Mathematik im Kindergarten geschrieben. Dabei wurden unbestrittene Punkte wie Ganzheitlichkeit, hohe Qualität des bestehenden Lehrplans und das grosse Engagement der Lehrpersonen bemüht.

Die Fakten: Aus dem Lehrmittel «Das Zahlenbuch – Spiele zur Frühförderung» sollen zehn Anregungen je Kindergartenjahr zum Einsatz kommen. Die Einheiten zielen auf die wichtigsten «Vorläuferfunktionen», gearbeitet wird weitgehend mit den gleichen Materialien, die auch in der Primarschule wieder eingesetzt werden, so, dass eine vertraute Umgebung und eine in sich konsistente Didaktik die gesamte Zeit vom Kindergarten bis zum Ende

der obligatorischen Schulzeit abdeckt.

Von vielen KindergärtnerInnen wird zwar nicht das Lehrmittel an sich, aber das Obligatorium bekämpft. Dahinter steht sicher auch die Angst, mit der «Speerspitze Mathematik» würden Freiräume im Kindergarten fallen, ganzheitliches Lernen torpediert und der Verschulung Vorschub geleistet.

Man kann aber ein Lehrmittel-Obligatorium auch als Unterstützung auffassen, jedenfalls so lange, als nicht ein «Stoff durchgenommen» werden muss, haarklein und von allen in der gleichen Zeit. Mit den zehn Anregungen für Spiel und Bau pro Jahr, die einen kindgemässen und sachgerechten Zugang schaffen, besteht diese Gefahr zweifellos nicht. Hier liegt ein überzeugendes Konzept für die Vorschule auf dem Tisch, das seine Fortsetzung in Primarschule und auf der Seki findet. Mit dem

vorgesehenen Weg aus einem Guss gewinnt man Synergien, Kontraproduktives wird mit einiger Wahrscheinlichkeit vermieden. Und mir sagt der gesunde Menschenverstand, dass ich als «SiebenkämpferIn in den Stürmen des Alltags» von der Sache her kaum ein derart solides Konzept schaffen kann, wie dies ein Gremium aus ausgewiesenen Fachleuten und Mitarbeitenden mit langjähriger Stufenerfahrung bietet.

Eigentlich erwarte ich von der GE mehr als das Aufnehmen (und Verstärken) einer Stimmung. Wenn sich herausstellt, dass ein Vorschlag «von oben» für einmal vernünftig und zielführend ist, sollten nicht schlechte Erfahrungen mit der Bildungsbürokratie den Schritt in die richtige Richtung vereiteln.

Guido Beerli •

Schulhauswarte gestern und heute

Die Aufgaben der Schulhauswarte haben sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Mario Burger, langjähriger Präsident der vpod-Gruppe Hauswartung und technische Dienste und Hauswart für die Schulen Hirzbrunnen, Drei Linden und Schoren sowie die Kindergärten des Hirzbrunnen-Quartiers, äussert sich zu den neuen Anforderungen und den Wünschen der Schulhauswarte.

sektor erziehung: *Wie war die Arbeitssituation eines Schulhauswartes, als du angefangen hast?*

Mario Burger: Als ich vor 23 Jahren angefangen habe, war für jedes Schulhaus ein Schulhauswart angestellt. Erforderlich für diesen Beruf war ein handwerklicher Berufsabschluss, man musste verheiratet sein, am besten auch Kinder haben, militärdiensttauglich sein und mit der Wohnsitzpflicht einverstanden. Wir



Schulhauswart Mario Burger

Foto Heidi Mück

mussten eine Einverständniserklärung für die Dienstwohnung unterzeichnen, bevor wir den Arbeitsvertrag bekamen. Auf der Schulanlage mussten wir mit einem Schulhausvorsteher zusammenarbeiten, und für die Kommunikation nach aussen gab es ein Schulhaus- und das Hauswarttelefon sowie den Postversand.

se: *Wie arbeiten die Schulhauswarte heute?*

Mario Burger: Heute gibt es kaum mehr einen Hauswart, der nur für ein einziges Schulhaus zuständig ist. Wir betreuen mehrere Anlagen und zum Teil auch die Kindergärten eines ganzen Quartiers. Heute braucht es den eidgenössischen Fachausweis für Hauswartung. Es wird auch darauf geachtet, dass die Hauswarte in der Nähe wohnen, doch ist es nicht mehr zwingend. Weil wir mehrere Anlagen betreuen, ist es gar nicht möglich, dass auf jeder Anlage ein Hauswart wohnt.

se: *Was bedeutet das konkret?*

Mario Burger: Die Organisationsform mit der Betreuung mehrerer Anlagen durch eine Hauswartung führt immer mehr dazu, dass der Hauswart als Servicestelle funktioniert. Ein Hauswart hat einen festen Arbeitsplatz in einem Schulhaus und arbeitet zum Teil auf

Abruf. Dies braucht mehr Hilfspersonal, andere Dienst- und Präsenzzeiten und ein Umdenken bei den Schulen. Das Modell «Meine Schule und mein Hauswart» wird es so bald nicht mehr geben.

se: *Ist das nicht ein Widerspruch zur Teilautonomen Schule mit eigener Kultur? Da gehört doch ein eigener Hauswart dazu?*

Mario Burger: Diese Entwicklung wurde nicht von uns gewünscht, sie ergibt sich, weil die einzelnen Hauswartungen für mehrere Standorte verantwortlich sind. Es wurde nie beschlossen, dass es in diese Richtung gehen soll, es ist eine fließende Entwicklung. Das hat sicher auch damit zu tun, dass nur noch Leute mit eidgenössischem Fachausweis angestellt werden und viele junge Hauswarte nicht mehr auf der Anlage wohnen wollen. Das Erziehungsdepartement hat sich nicht zur Frage geäußert, welche Veränderungen die neuen Schulstrukturen für die Schulhauswarte nach sich ziehen werden.

se: *Welche Veränderungen sind es nach deiner bisherigen Erfahrung?*

Mario Burger: Beim Gebäudeunterhalt und der Bereitstellung der Infrastruktur übernehmen wir immer mehr Organisations- und Leitungsaufgaben. Unser eigentlicher Job hat nichts mit Schulpädagogik zu tun, die Hauswarte sind in der Schule zuständig für die «Hardware», die Schulleitungen für die «Software». Wir arbeiten für die Bedürfnisse der Schulleitungen, Lehrpersonen, SchülerInnen, Eltern und der externen Nutzer, und zwar an mehreren Schulen. Um unsere Aufgabe zu erfüllen, brauchen wir die entsprechenden Entscheidungskompetenzen. Wir sollten in unserem Fachgebiet eigentlich auf der gleichen Hierarchiestufe wie die Schulleitungen sein. Diese Situation erfordert eine Anpassung unseres Organisationsmodells. Die pädagogische Leitung der Schule ist viel näher an ihrem Personal dran als unsere fachliche Leitung im ED.

se: *Wie könnte das Organisationsmodell für die Schulhauswarte aussehen?*

Mario Burger: Was nicht funktioniert, ist die Unterstellung der Hauswarte unter die Schulleitung! In meinem Fall wäre ich vier verschiedenen Leitungen unterstellt. In meinem Fachbereich muss ich mit den Schulleitungen entsprechende Entscheidungen fällen können, zum Teil sehr rasch. Wir haben das Modell entwickelt, dass mehrere Hauswarte in Teams organisiert werden, mit einer Teamleitung, die für fachliche Fragen zuständig ist, aber auch Einsatzpläne etc. koordiniert. Dieses Modell haben wir dem ED vorgelegt, und seither laufen Verhandlungen. Wir haben diese Veränderungen nicht gesucht, aber jetzt, da sich alles ändert, müssen wir uns an die neue Situation anpassen. Unsere Strukturen laufen den Entwicklungen an den Schulen hinterher.

Spyris rebellische Nichte

Daniele Muscionico: *Starke Schweizer Frauen.* Limmatverlag, Zürich 2011, 170 S., Fr. 34.–



DANIELE MUSCIONICO

STARKE
SCHWEIZER
FRAUEN

LIMMAT

Die Recherche nach «berühmten Schweizerinnen» endet oft bei Johanna Spyri oder Ursula Andress. Dass die «Hälfte des Schweizer Himmels» allerdings mehr zu bieten hat als Bergromantik und Bikini-Mode, wird spätestens beim Lesen in Daniele Muscionicos Porträtsammlung «Starke Schweizer Frauen» deutlich.

Quer durch die Jahrhunderte, Landesteile, Berufe und Stände hat die Autorin 24 Lebensschicksale ungewöhnlicher Frauen versammelt. Die Zürcher Grande Dame steht hier neben der Pädagogin und Kinderschützerin aus der Westschweiz, die Märtyrerin aus dem 9. Jahrhundert neben der modernen Sozialpolitikerin. En passant erfahren wir in den höchst unterhaltsam geschriebenen Beiträgen, dass Ella Maillart als Seglerin die Schweiz bei Olympischen Spielen repräsentierte, wie eine ehrenhafte Rechtsbrecherin jüdische Flüchtlinge über Jurafelsen in die Schweiz führte und wer den Slogan «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» erfunden hat. Man mag die Namen der Wahlrechtskämpferin Iris von Roten oder den der religiösen Sozialistin Clara Ragaz vermissen; dafür lernt die Leserschaft viele Pionierinnen kennen, die (noch) in keinem Geschichtsbuch stehen, wie etwa Emilie Kempin-Spyri. Die erste Juristin Europas stand zu ihrer Berufswahl – gegen den Rat ihrer berühmten Tante Johanna.

Rüdiger Binkle •
www.limmatverlag.ch

«vpod bildungspolitik»
Schwerpunkte von Nr. 173:
Bildungspolitische Programme der Parteien
Reform der Maturitätsschulen

Was Carlo Contis Versprechen wert sind!

Die Basler Spitäler werden zu Beginn des nächsten Jahres verselbstständigt. Das steht fest. Nur vermeintlich fest stehen die Anstellungsbedingungen. Wir gehen davon aus, dass die kantonalen Anstellungs- und Lohnbedingungen ohne Wenn und Aber gelten, bis ein GAV ausgehandelt und unterschrieben werden kann. Bei einem Gespräch im Gesundheitsdepartement wurden wir aber eines Schlechteren belehrt.

Im Abstimmungskampf um die Verselbstständigung der Basler Spitäler wurde immer wieder betont, dass es zu keinen Verschlechterungen der Anstellungs- und Lohnbedingungen beim Personal kommen solle. Alles werde beim Alten bleiben, hiess es. Die Anstellungsverhält-

Fahrplan festzulegen, die betrieblichen Mitwirkungsstrukturen zu stärken und – wo noch nicht vorhanden – Betriebskommissionswahlen vorzubereiten.

Ausgrenzung statt Einbezug der Personalverbände • Ausserdem hat sich eine Delegation der AGSt-Verbände Mitte September mit dem Vorsteher des Gesundheitsdepartements getroffen, um die anstehenden sozialpartnerschaftlichen Fragen und Zuständigkeiten in Zusammenhang mit der Verselbstständigung der Spitäler zu klären. Insbesondere ging es dabei darum, die betriebliche Mitwirkung und den betrieblichen Beschwerdeweg zu regeln. Mitwirkungsstrukturen sind eine wich-

sicher ist, dass sich für das Personal «nichts ändert». Auch darüber wurden die Sozialpartner nicht informiert.

Kaltstart für die Personalvertretung • Immerhin: Zwischenzeitlich wurden in den drei Spitälern Personalkommissionswahlen ausgeschrieben. Das ist zwar erfreulich, geschah aber wiederum ohne Rück- und Absprache mit den Sozialpartnern. Besonders störend ist dabei die Kurzfristigkeit der Ausschreibung. Interessierte hatten gerade mal 2 Wochen Zeit, sich zu melden. Ausserdem ist davon auszugehen, dass die Ausschreibung von all jenen nicht zur Kenntnis genommen werden konnte, die genau in diesen zwei Wochen in den Ferien waren! Auch liegt uns ein Reglement für eine Personalkommission vor, das im August von der Spitalleitung genehmigt wurde und keineswegs sozialpartnerschaftlich ausgehandelt wurde. Gerade die Ausarbeitung des eigenen Reglementes ist jedoch Aufgabe des neu gewählten Gremiums.

Regierungsrat Conti ab durch die Hintertür! • All diese Vorkommnisse lassen aufhorchen und sind wenig vertrauenserweckend. Schon alleine die Umstellung auf die neue Abrechnung über die Fallpauschalen bedeutet eine Herausforderung sowohl für die Spitäler als Institutionen als auch für die Mitarbeitenden, denn dadurch wird der Druck auf das Personal zusätzlich verschärft. Es braucht nicht noch mehr Baustellen – insbesondere nicht bei den Anstellungsbedingungen. Der Kanton als Eigner hätte es daher in der Hand, den Spitalleitungen respektive dem Verwaltungsrat verbindliche Aufträge und Auflagen in Bezug auf die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen in der Übergangszeit zu erteilen. Hier hält sich aber der Vorsteher des Gesundheitsdepartementes wenig vornehm zurück und fühlt sich bereits heute nicht mehr zuständig. Dabei wäre es ganz einfach, und es könnten viel Zeit und Geld gespart werden, wenn für die Übergangszeit eine simple Regelung eingeführt würde, die da lautet: Bis zum Vorliegen eines GAV findet das kantonale Personal- und Lohngesetz Anwendung. Punkt.

Marianne Meyer und Susanne Nese •
Regionalsekretärinnen



nisse sind aber nur noch übergangsrechtlich ans kantonale Personal- und Lohngesetz gekoppelt. Das Spitalgesetz postuliert ausdrücklich, dass die Anstellungen mit einem GAV geregelt werden sollen. Um einer Verunsicherung des Personals entgegenzuwirken, ist es daher unabdingbar, die GAV-Option möglichst zügig anzugehen. Auf Seiten der Sozialpartner besteht das Bestreben, einen einheitlichen GAV für alle Spitäler auszuhandeln, um eine möglichst grosse Transparenz und Einheitlichkeit bei den Anstellungsbedingungen der kantonseigenen öffentlichen Spitäler zu gewährleisten. Dafür haben sich die Personalverbände vpod, BAV, SBK, VSAO und Syna zur Arbeitsgemeinschaft «GAV Spitäler» zusammengeschlossen. Sie haben die Direktionen des Universitätsspitals, des Felix-Platter-Spitals und der Universitären Psychiatrischen Kliniken in einer schriftlichen Eingabe aufgefordert, ein klares Bekenntnis zu GAV-Verhandlungen abzugeben, mit den Verbänden zum weiteren Vorgehen einen

tige Voraussetzung für die Phase der Verhandlungen über einen Gesamtarbeitsvertrag. Die Personalverbände müssen als künftige GAV-Verhandlungspartner die Möglichkeit haben, sowohl mit einer Personalvertretung als auch in Personalversammlungen mit den Mitarbeitenden direkt im Austausch zu stehen und Rücksprache zu nehmen. Weiter galt es zu klären, wie sich der betriebliche Beschwerdeweg nach der Verselbstständigung gestaltet, und die Zuständigkeit der kantonalen Personalrekurskommission zu definieren. Nach dem Gespräch im Gesundheitsdepartement war dann nichts mehr klar. Die PersonalvertreterInnen erfuhren nämlich, dass die Spitäler offenbar daran sind, eigene Anstellungsreglemente zu erarbeiten – notabene ohne Einbezug der AGSt. Ausserdem hat das Unispital öffentlich eine Offerte für die betriebliche Unfallversicherung ausgeschrieben. Dies wiederum deutet darauf hin, dass diese Versicherung neu geregelt werden soll und damit keineswegs

vpod-Sprechstunde
im Universitätsspital Basel
Klingelbergstrasse 23, 2. Stock, Büro 217,
jeweils am
Donnerstag von 15.00 bis 17.30 Uhr
Dezember 8.12.2011
Januar 19.1.2012

Region

Mittwoch, 23.11.2011

Regionaldelegiertenversammlung,
Gewerkschaftshaus, Sitzungszimmer
1. Stock, 19–21 Uhr

Dienstag, 29.11.2011

Organizingkurs, Gewerkschaftshaus,
Sitzungszimmer 1. Stock, 14–18 Uhr

Dienstag, 6.12.2011

Regionalvorstand, Gewerkschaftshaus,
Sitzungszimmer 4. Stock, 14.30–17.30 Uhr

Dienstag, 10.1.2012

Regionalvorstand, Gewerkschaftshaus,
Sitzungszimmer 4. Stock, 14.30–17.30 Uhr

Donnerstag, 12.1.2012

Neujahresapéro, Gewerkschaftshaus,
Büros 4. Stock, 17.30–19.30 Uhr

Gruppen

Dienstag, 22.11.2011

Sitzung der Gruppe IWB, Gewerkschafts-
haus, Sitzungszimmer 4. Stock, 17 Uhr

Donnerstag, 24.11.2011

Sitzung der Gruppe Spitex, Gewerkschafts-
haus, Sitzungszimmer 1. Stock, 18 Uhr

Donnerstag, 24.11.2011

Sitzung der Verwaltungsgruppe BVB
(VGV), Gewerkschaftshaus,
Sitzungszimmer, 4. Stock, 13 Uhr

Donnerstag, 8.12.2011

Vorstandssitzung der Gruppe GE, Gewerk-
schaftshaus, Sitzungszimmer, 4. Stock,
18 Uhr

Mittwoch, 14.12.2011

Sitzung der Verwaltungsgruppe BVB
(VGV), Gewerkschaftshaus,
Sitzungszimmer, 4. Stock, 17 Uhr

Donnerstag, 22.12.2011

Vorstandssitzung der Gruppe GE, Gewerk-
schaftshaus, Sitzungszimmer, 4. Stock,
18 Uhr

pensionierte vpod region basel

Freitag, 11.11.2011

Wanderung, persönliche Einladung folgt!

Sonntag, 20.11.2011

Totenehrung ab 10.30 Uhr auf dem Hörnli

Donnerstag, 24.11.2011

Monatsversammlung mit Referat von
Ch. Schwob «Der Weg zum Hören»,
Restaurant Rialto, 14.30 Uhr

Freitag, 9.12.2011

Winterwanderung, Einladung folgt!

Freitag, 27.1.2012

83. Generalversammlung, persönliche
Einladung folgt!

Zum Gedenken

Werner Grola, 1925, Pensionierte
Alberta Reimann, 1948, Theaterchor
Matthias Merki, 1949, Pensionierte
Theodor Pletscher, 1922, Pensionierte
Robert Müller, 1926, Pensionierte
Waldemar Traber, 1930, Pensionierte



"Haben Sie gewusst, dass zweieinhalb gelbe Zitronen auf weissem Grund seit Neustem als politische Werbung gelten? Ich auch nicht!" (Pflegefachfrau)



Wir sind sauer!
für Gesundheitspersonal



vpod jugend

Isabelle Stocker, Pflegefachfrau

Von mathematischen Formeln und Zitronen • Schnell war es September geworden und der Signaltag des Gesundheitspersonals stand vor der Tür. Im Vorfeld hatten uns viele Angestellte des Gesundheitswesens ihre «Guten Morgen Statements» für die Basler Bevölkerung gemailt, und je näher der Tag rückte, desto mehr Dynamik kam in die ganze Veranstaltung. Engagierte Kolleginnen und Kollegen boten uns ihre Hilfe beim Aufhängen der Statements an, gaben Interviews vor der Kamera und machten fleissig Werbung für den Flashmob auf dem Marktplatz. Die Aktionsgruppe Signaltag berechnete die Quadrat-zentimeter einer Zitrone, um herauszufinden, wie viele Zitronen es für einen Smiley mit einem Durchmesser von zwei Metern benötigt. Hätten mir meine Lehrer damals gesagt, wofür ich Flächenberechnungen dereinst gebrauchen könnte – ich hätte Mathe und Geometrie sicher geliebt. So wussten wir zwar relativ schnell, dass wir rund 450 Zitronen benötigen würden, die bange Frage, wie viele Teilnehmer wohl kommen und ob das Wetter mitspielen würde, blieb jedoch, bis wir all die vielen BerufskollegInnen und SympathisantInnen sahen, die auf dem Marktplatz zum Flashmob kamen. Da schlug unser Herz höher und wir wussten – es hat geklappt!

Ein langer Tag und was davon bleibt • Um 04.15 Uhr starteten wir den Signaltag unter dem Motto «Wir sind sauer». Die ganze Stadt wurde unter vier Personen aufgeteilt. An allen frequentierten Plätzen sollten unsere Statements die Bevölkerung auf unsere Anliegen aufmerksam machen. Gut drei Stunden lang radelten wir von Kreuzung zu Kreuzung und plazierten die gelben A4-Blätter. Zwei von uns fuhren nach Bern, wo wir um 8 Uhr erwartet wurden. Dort staunten wir nicht schlecht, als für die Aktion auf dem Bahnhofplatz 30 000 Zitronen bereit lagen. Sofort beschlossen wir, möglichst viele Berner Zitronen nach Basel zu bringen. Zehn prall gefüllte Tüten mit 476 Zitronen fanden so den Weg ans Rheinknie und strahlten die Bevölkerung nach dem Flashmob auf dem Marktplatz in Form eines säuerlichen Smileys zitronengelb an. Danach wurden sie zusammen mit Flyern, Znüni-boxen und Zitronenbonbons bis spät abends unter die Leute gebracht und am Schluss zu Zitronencreme und -kuchen verarbeitet. Was über den Tag hinaus bleibt, sind starke Erinnerungen, viele Fotos, ein paar Pressemitteilungen und die Hoffnung, dass wir in Zukunft noch mehr Kolleginnen und Kollegen zum Mitmachen motivieren können. Ein herzliches Dankeschön an alle!

Abbau des Kündigungsschutzes!

Am 5. November lief die Vernehmlassungsfrist zur Änderung der personalrechtlichen Bestimmungen über die Probezeit, die Kündigung und die Abgangsentschädigung ab. Eine geballte Ladung an Abbau der Personalrechte, die der vpod nicht hinnehmen wird!

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: In den oberen Etagen der Baselbieter Verwaltung ist nicht alles zum Besten bestellt, und die Abgänge von Kaderleuten gehörten in letzter Zeit fast schon zur Tagesordnung. Die Gründe dafür lagen nicht nur bei Fehlbesetzungen, sondern häufig auch bei mangelhafter Personalführung durch die Vorgesetzten. Die Folge dieser Unfähigkeit waren blockierte Verwaltungsprozesse und hohe Kosten für Abgangsentschädigungen, denn Kaderleute haben dank guter Bezahlung keine Schwierigkeiten, sich einen guten Anwalt zu leisten!

Falsche Diagnose • Anstatt aber selbstkritisch über die Bücher zu gehen und die Führungskultur in den oberen Etagen zu verbessern, macht der zuständige Departementsvorsteher Adrian Ballmer als Personalchef denselben Fehler wie als Finanzchef und argumentiert ideologisch: Das öffentliche Personalrecht sei

zu starr, zu umständlich und zu wenig individuell und man müsse es deshalb – wie das bereits die Kantone Aargau, Graubünden, Thurgau und Schaffhausen getan hätten – flexibler gestalten. Damit macht Ballmer das, was in der Medizin als Kunstfehler gilt: Er stellt eine falsche Diagnose!

Falsche Therapie • Dabei kommt es, wie es kommen muss: Die vorgeschlagene Therapie folgt der Diagnose und ist demnach ebenfalls falsch, ja für den Kündigungsschutz geradezu tödlich: Im Vernehmlassungsentwurf schlägt die Finanz- und Kirchendirektion nämlich vor, die Bewährungsfrist gänzlich abzuschaffen und durch eine schriftliche Abmahnung zu ersetzen, die Verpflichtung zur Weiterbeschäftigung nach einer unrechtmässigen Kündigung ersatzlos aufzuheben und arbeitsrechtlichen Rekursen die aufschiebende Wirkung zu entziehen. Alles in allem also eine gnadenlose Torpedierung und Erosion des Kündigungsschutzes beziehungsweise dessen, was davon nach der Aufhebung des Beamtenstatus noch übrig geblieben ist.

Alle Register ziehen! • Der vpod region basel und selbstredend auch die anderen Personalver-

bände werden sich vom Gejammer des obersten Personalchefs aber nicht beeindrucken lassen und die Gesetzesänderung mit allen legitimen Mitteln bekämpfen. Als erstes wird es dabei darum gehen, in der Vernehmlassung Klartext zu reden. Gleichzeitig muss auch bei den Landratsfraktionen für eine Ablehnung geworben werden. Bei der SP sollte das keine Probleme bieten, doch bereits bei den Baselbieter Grünen werden die Schwierigkeiten beginnen, ganz zu schweigen von CVP und EVP und den in ihrer Feindseligkeit gegen das Kantonspersonal eh nicht mehr voneinander unterscheidbaren FDP und SVP. Wir werden demnach absehbar auf die Volksabstimmung setzen müssen, die bei einem Nein der SP aufgrund der fehlenden Vierfünftel-Mehrheit im Landrat obligatorisch ist. Aber auch die Volksabstimmung wird kein Sonntagsspaziergang sein, wenn man sich vor Augen hält, dass Ballmers personalrechtlicher Abbauvorschlag eigentlich nur nachvollzieht, was im Privatrecht seit jeher gang und gäbe ist. Im Schlafwagen wird diese Abstimmung sicher nicht zu gewinnen sein – wir werden uns also warm anziehen müssen!

Matthias Scheurer, Regionalsekretär •

National- und Ständeratswahlen 2011

Düstere Aussichten für den Service public!

Die vom vpod region basel unterstützten Kandidatinnen und Kandidatinnen haben allesamt gute Wahlergebnisse erzielt, doch der Trend der Wahlen ging klar in Richtung Schwächung der gewerkschaftlichen Kräfte, denn die neuen Mitparteien haben mit dem Staat und seinem Service public wenig bis nichts am Hut.

Im Kanton Baselland wurde neben Claude Janiak als Ständerat auch Susanne Leutenegger als Nationalrätin glanzvoll wiedergewählt, und Syndicom-Gewerkschaftssekretär Daniel Mürger wurde respektabler erster Nachrückender. Im Kanton Basel-Stadt wurden mit Beat Jans

und Silvia Schenker gar zwei vpod-Mitglieder wiedergewählt, und auch die aktive Gewerkschafterin Regina Rahmen schaffte als Aussenseiterin ein gutes Wahlergebnis.

Trend nach rechts in der Region • Durch den Verlust des dritten linken Basler Sitzes von Anita Lachenmeier (Grünes Bündnis) an den rechtsbürgerlichen CVP-Mann Markus Lehmann ist aber die baselstädtische Delegation im Nationalrat klar nach rechts gerutscht, und auch die Rochade innerhalb der Baselbieter SVP von Christian Miesch zu Thomas de Courten bzw. der Ersatz des FDP-Fossils Hans Rudolf Gysin

durch die stramm rechts politisierende Daniela Schneeberger bekräftigt diesen Trend.

Und im Bundeshaus • Auch ein gewerkschaftlicher Blick auf die neue Zusammensetzung der grossen Kammer in Bern lässt wenig Gutes erahnen, zeichnet sich die erstarrte Mitte aus BDP und Grünliberalen in der sozialen Frage und bei Abstimmungen über den staatlichen Service public doch regelmässig durch klar neoliberale Entscheide aus: Personalabbau bei der Post, Einsparungen bei den SBB, finanzieller Druck im Gesundheitswesen (Fallkostenpauschale) und Berufsvorsorge (Ausfinanzierung staatlicher Pensionskassen), Abbau bei den Sozialwerken AHV und IV – all diese Entscheide kamen dank dieser «Mitte» zustande. Das wird sich in den nächsten vier Jahren verstärkt fortsetzen, da helfen auch zwei, drei zusätzliche SP-Sitze nichts, denn der Aderlass Richtung Mitte betraf vorab den Gewerkschaftsflügel der Grünen – symbolisch ist hier die Abwahl der vpod-Präsidentin Katharina Prelicz! Von daher ist eins klar: Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der öffentlichen Dienste müssen uns in Zukunft wieder vermehrt auf unsere Aktionskraft in den Betrieben besinnen, denn auf die Parlamente ist je länger, desto weniger Verlass!

Matthias Scheurer •
Regionalsekretär

JubilarInnenfeier 2011

Zauberhafte Stimmung!

Am Freitag, dem 28. Oktober 2011, trafen sich im festlich geschmückten Saal des Hotel Europe an der Clarastrasse wiederum rund 50 vpod-JubilarInnen – darunter sage und schreibe fünf rüstige 70-Jahr-Jubilare mit Eintrittsdatum 1941 – sowie Gäste zur traditionellen JubilarInnenfeier des vpod region basel. Präsident Urs Müller, Vizeräsidenten Martin Kaiser und Pensionierten-Obmann Hans Widmer leiteten durch den Abend und liessen die Eintrittsjahre der anwesenden JubilarInnen mit kurzen, prägnanten Rückblicken Revue passieren. Als besondere Attraktion trat wiederum der junge Zauberer Daniel Kalman unter die Teilnehmenden, imponierte mit Kartenkunststücken und geometrischen Rätseln und machte aus Zeitungspapier Geld, das er zuerst verschwinden und zum Schluss in einer frischen Zitrone wieder erscheinen liess – das hätte er allerdings anlässlich des Signaltags des Gesundheitspersonals tun sollen (vgl. Rubrik Jugend)! Als Zauberer auf dem Menüsteller betätigte sich wiederum «Quatre Saisons»-Meisterkoch Peter Moser mit einem wahrhaft traumhaften Kalbsbraten auf Marronisotto, und nur allzu schnell wurde für die Teilnehmenden ein angeregter Abend zur schönen Erinnerung. • ms

Gemeinsam für unsere Gewerkschaft!

Wir wissen: Der vpod region basel, das sind wir, die Mitglieder und Engagierten!

Wir wissen: Der vpod region basel und damit der Einfluss der Arbeitnehmenden müssen wachsen!

Wir wissen: Es wird immer schwieriger, Kolleginnen und Kollegen zu einem Beitritt zu motivieren!

Darum brauchen wir gute Ideen und praktische Tipps für Aktivitäten und für die erfolgreiche Mobilisierung unserer Kolleginnen und Kollegen!

Und deshalb organisiert der vpod region basel am Dienstag, den 29. November von 13.30 bis 18 Uhr einen Kurs für alle interessierten vpod-Mitglieder, in dem eine neue, erfolgversprechende Mobilisierungsmethode (sog. «Organizing») vorgestellt und Anleitung zur konkreten Umsetzung gegeben wird.

Der Kurs beginnt mit einem Film über die Grundlagen des sogenannten «Organizing», danach folgt eine Workshop mit Übungen und zum Schluss offizieren wir allen einen gemeinsamen Apéro.

Interessierte finden die Kursausschreibung auf unserer Homepage www.vpod-basel.ch oder melden sich direkt an bei sekretariat@vpod-basel.ch

Sekretariat vpod region basel

Tel. 061 685 98 98

Fax 061 685 98 90

E-Mail: sekretariat@vpod-basel.ch

www.vpod-basel.ch

Öffnungszeiten: 9–12/14–17 Uhr

Montagnachmittag geschlossen

Adressänderungen melden an:
vpod, Postfach, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

In Kürze

Petition für die Reinigungsfrauen der Unibibliothek

Der Reinigungsauftrag der Unibibliothek am Nadelberg wurde neu ausgeschrieben. Damit droht den bisherigen Reinigungsfrauen die Kündigung, falls der Auftrag an eine andere Firma geht. Mit einer vom vpod lancierten Petition wehren sich jetzt die Angestellten und Studierenden der Uni Basel für ihre Kolleginnen in der Reinigung und verlangen, dass das Reinigungspersonal der Unibibliothek wieder direkt von der Universität angestellt wird. Unterschreibt alle die Petition unter www.petition-reinigungsfrauen.ch!

Schichtzulagen auf dem Ferienlohn für die Angestellten der Bürgergemeinde Basel

Dank der Beharrlichkeit des vpod region basel sollen ab 2012 auch den Angestellten der Bürgergemeinde Basel die Schichtzulagen auf dem Ferienlohn ausbezahlt werden. Damit kehrt die Bürgergemeinde nach anfänglichem Widerstand auf den Pfad der arbeitsrechtlichen Tugend zurück

und vollzieht das Urteil des Bundesgerichts aus dem Jahr 2005, so wie das auch die beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt bereits tun. Der Entscheid muss vom Bürgergemeinderat noch erwahrt werden.

Mehr Ferien für das Unipersonal: Erneut Rosinenpickerei!

Unter dem Druck des vpod region basel erklärte sich die Uni Basel bereit, ihrem Personal ab 2012 mehr Ferien zu gewähren. Der vpod verlangte, dass dabei die in Basel-Stadt geltende Regelung vollzogen wird. Doch die Unileitung übte sich erneut in Rosinenpickerei: Bei der Kürzung der bisher 12 Frei- und Feiertage übernahm sie die Kürzung des Kantons Basel-Stadt (statt zwölf nur noch durchschnittlich 10,5 Tage), während sie sich bei den zusätzlichen Ferien für die Lösung des Kantons Basel-Landschaft entschied: plus 5 Tage bis Alter 49, plus 2 Tage bis Alter 59 und ab Alter 60 lediglich während 5 Jahren ein zusätzlicher Tag, nachher gibts nichts mehr zusätzlich!

Immer aktuell: www.vpod-basel.ch

Der vpod region basel sucht per sofort oder nach Vereinbarung eine/einen

Gewerkschaftssekretär/in 50% im Sozialbereich

für folgende Aufgaben:

- Gewerkschaftliche Betreuung der regionalen Mitgliedergruppen in sozialen Berufen
- Betreuung der Mitglieder in arbeitsrechtlichen Fragen
- Führung von politischen Kampagnen und Verhandlungen
- Mitarbeit in kantonalen und nationalen Verbandsgrämien
- Durchführung von Aufbau- und Mitgliederwerbeprojekten im Sozialbereich

Sämtliche weiteren Informationen finden Sie unter www.vpod-basel.ch

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

Der vpod kämpft für Verbesserungen im Service Public

Ich bin Schulhauswart in der Gewerbeschule und bin es gerne. Meine Arbeit ist oft sehr belastend, weil der Schulbetrieb Präsenz bis in die Nachtstunden verlangt und ich seit Jahren im Schichtbetrieb arbeite. Erst seit diesem Jahr wird mir für die Nacharbeit auch eine Zulage gewährt. Mit Hilfe des vpod habe ich diese Zulage mit fünfjähriger Rückwirkung erfolgreich eingefordert. Nach 23 Jahren Nacharbeit habe ich die verdiente Nachtzulage immerhin für die letzten 5 Jahre ausbezahlt bekommen. Der vpod hat sich einmal mehr als verlässlicher Partner gezeigt und bewiesen, dass sich die Mitgliedschaft bei diesem Verband auf alle Fälle lohnt. Alle, die ein konkretes Anliegen haben, finden kompetente Unterstützung, und die anderen können sich darauf verlassen, dass sie im Falle eines Konflikts mit dem Arbeitgeber rasch und sicher Hilfe bekommen.

Viktor Zores, Hauswart Gewerbeschule AGS

- Bitte schickt mir Unterlagen,
- Ich möchte dem vpod region basel beitreten.



Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Ort: _____

Tel.: _____ E-Mail: _____

Talon bitte einsenden an vpod region basel, Regionalsekretariat, Rebgasse 1, 4058 Basel, Postfach

